

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.

Numm. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Am. Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Stadtkommissariats Riesa und des Hauptkonsulats Meißen, sowie des Gemeinderates Groß.

Postamtlokal: Dresden 1200
Strasse Riesa Nr. 52.

Nr. 195.

Dienstag, 22. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorabzahlung, monatlich 41,- Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 2,50 Mark. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erscheinen am bestimmten Tag und Plätze wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrist-Zelle (6 Silben) 6,- Mark; zeitraubender und inhaltsschwerer Sach 50% Aufschlag. Nach-Abfertigungs- und Veröffentlichungsgebühr 2,- Mark. Festes Tarife. Bewilligter Rabatt zulässig, wenn der Betrag verfüllt durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. **Haftungs- und Erfüllungsort:** Riesa. **Täctige Unterhaltungsbeklage** „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höheren Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelcher Bedingungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbetriebs — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung die Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Rotationsdruck und Verlag:** Banger & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle:** Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion:** Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden: Seite 152, den Oberpost-Sekretär Paul Oskar Richter in Riesa und dessen Ehefrau Olga Helene bzw. Krebschmar geb. Höhnel betr.: Die Verwaltung und Pflegung des Mannes ist durch Ehevertrag vom 7. Juni 1922 ausgeschlossen worden.

Amtsgericht Riesa, den 21. August 1922.

Zu unserer Bekanntmachung vom 15. 8. 1922 — Nr. 193 des Riesaer Tageblattes — muß es heißen: Abfertigung für Abholer Buchstabe O — Schluss am 28. 8. 1922,

Der Rat der Stadt Riesa — Polizeiamt —, am 22. August 1922.

Poincaré's Rede in Bar-le-Duc.

mit Paris, 21. August. Anlässlich der Eröffnung der Tagung des Generalstaats des Departements Meuse hielt Poincaré in Bar-le-Duc eine politische Rede über die Reparationsfrage, in der er daran erinnerte, daß sie für die Bewohner des Bezirks, in dem man tage, von grundlegender Bedeutung sei. Die Lösung der Reparationsfrage werde nicht nur durch den schlechten Willen Deutschlands (!) behindert, sondern sie störe auch auf überraschende Schwierigkeiten. Während des Krieges sei es vor der Schaffung des Einheitskommandos nicht immer leicht gewesen, die Einheit der Alliierten aufrecht zu erhalten; aber in der Erinnerung an die gemeinsame Gefahr hätten sich die Schwierigkeiten immer rasch verflüchtigt. Seit dem Waffenstillstande habe jedes der Länder, die Seite an Seite gekämpft hatten, nach und nach nicht nur die Erinnerung an die Waffenbrüderlichkeit, sondern auch den wahren Begriff der politischen Solidarität verloren. Es gebe aber in der ganzen Welt zwei kollektive Leidenschaften. Er wolle von jenen Willen zur Macht sprechen, den man teils Nationalismus, teils Imperialismus nenne, von jenen leeren Hoffnungen auf eine revolutionäre Ära, die man unter dem Namen Kommunismus und Bolschewismus kenne. Frankreich sei nach seiner sozialen Überlebung gewiß eins der Länder in der Welt, die am wenigsten unüberlegten Leidenschaften ausgekehrt seien. Vergleichbar verfuhrten die Nationen, die teilweise mehr als Frankreich vom Imperialismus beeinflußt seien, es Gott weiß welcher Herrschaftsträume auszufliegen. Frankreich wünsche keine Vergroßerung seines Gebiets, verlangte keinerlei Hegemonie, wolle weder irgendwelchen Volk vernichten noch demütigen, verlange nichts anders als die Ausführung der Verträge und Entschädigungsabnahmen. Aber seine Forderungen, von denen sein Heil abhänge, würden nicht immer von seinen besten Freunden begriffen; diese seien ihre Sorgen und ihre Interessen voran. Teilweise hielten sie sich für weniger hart als Frankreich gegen die Ausleuchtungsgefahr durch den Bolschewismus gefecht und bildeten sich ein, ihn durch unfruchtbare Verhandlungen fernzuhalten zu können. Teilweise fänden sie auch, daß ihre Industrie durch Arbeitslosigkeit labilität geprägt werde. Sie seien von dem Wunsche bestellt, koste es, was es wolle, die auswärtigen Märkte wiederzugewinnen. Sie gingen ihrem Weg; Frankreich gehöre dem seinen. Es erwähne sich, daß beide etwas von einander entfernen. Als nach dem Waffenstillstande jedes der kriegsführenden Länder in gewissem Sinne wieder zu seinem geheiligten Egoismus zurückgekehrt war, dessen sich ein kriegsführender Staat rühmt, habe er sich darüber weber gewundert noch enträgt. Aber was er (Poincaré) weniger begreift und was Frankreich nicht verstehe, sei, daß seit mehr als drei Jahren, wenn es sich um den Friedensvertrag und späteren Abkommen handelte, die Einigkeit unter den Alliierten so oft auf Kosten Frankreichs erzielt wurde. Wozu führe es, wenn man heute die lange Reihe der Entscheidungen Frankreichs aufzählt, die Konzessionen, die man von ihm zugunsten Deutschlands verlangt habe, die Austritte, die man nach und nach seinen Forderungen aufgeworfen habe, den Widerstreit, den man seit dann erhoben habe, wenn Frankreich geraten habe, Garantien und Sanktionen zu nehmen? Nach und nach schiene es Frankreich so, als ob man ihm das Recht streitig gemacht habe, eine französische Politik zu treiben. Eine Allianz könnte aber nur dann dauernden Bestand haben, wenn sie auf Gleichheit und gegenseitiger Respekt vor der nationalen Souveränität beruhe. Frankreich sei eine so große moralische Macht, daß es die Sicherheit habe, mindestens ebensoviel zu geben wie zu empfangen, wenn es einen Freundschaftspakt abschließe.

Poincaré ging dann dazu über, vom Geiste der Wehrfreiheit zu sprechen, den Frankreich bei den alliierten Konferenzen oder innerhalb der Reparationskommission unterlegen sei. Man habe von ihm verlangt, es solle sich dem Willen der größeren Macht biegen, d. h. der an der Regelung der Reparationen weniger interessierten Mächte. Diese offenkundige Ungerechtigkeit könne aber nicht die fortgesetzte Unterordnung Frankreichs unter den Willen anderer bedeuten. Aber ungünstigerweise hätten die Ereignisse Frankreich nach und nach brachte zu diesem unerträglichen Resultat geführt. Die britische Regierung, fuhr Poincaré fort, die sicherlich nur von freundlichen Gefühlen und gegenüber bestellt ist, hat sich indes nicht ganz den schweren Ernst unserer Einigung klar gemacht, auch nicht das kapitale Interesse, das wir daran haben, von Deutschland rasch entzündigt zu werden. Es hatte den Anschein, als hätte sie die herrennden Furcht vergessen, die wir für unsere Gegner machen mußten. Sie hat sich ihren Schulden gegenüber zu bilanziellen Maßnahmen verpflichten lassen; jedesmal, wenn wir, um endlich bezahlt zu werden, den Vorschlag machen, gemeinschaftlich zu dem unmöglichsten Zwang zu schreiten, hat sie uns widerprochen in der vergeblichen Hoffnung, durch Verhandlungen und Güte zu einem Ergebnis zu kommen.

Deutschland, das schon im Genuss eines weitgehenden Moratoriums gewesen sei, verlange noch ein weiteres. Könne es sich auf seine bona fides berufen und sagen, daß es das Opfer eines Mißglücktes sei? Reichskanzler Wirth habe kluglich abermals behauptet, Deutschland habe nicht absichtlich am Niedergang der Mark gearbeitet. Die englische Regierung selbst habe dieser Behauptung in dem Gegenvorwurf, den sie dem französischen entgegengestellt habe, Ge-

richtlichkeit widerfahren lassen. Sie habe selbst eine Reihe von Verhandlungen Deutschland festgestellt, und diese Beleidigungen seien eine nachdrückliche Widerlegung des deutschen Nichtsicherungsvertrags. Wie könne man behaupten, daß der Marktkauf notwendig durch das Defizit der Handelsbilanz und durch das Zahlungsstatut veranlaßt worden sei? Rechne man den mittleren Wert der Mark während der Jahre 1919, 1920 und 1921 in Franken um, so bemerkte man, daß in dieser Zeit das Defizit der französischen Handelsbilanz um 28 150 Millionen Franken höher gewesen sei, als in den deutschen Statistiken berechnete deutsche Defizit. Begünstigt der Genauigkeit der von Deutschland veröffentlichten Ziffern müßte man außerdem alle Vorbehalte machen. Außerdem betrachten die einzigen beiden deutschen Zahlungen, die Deutschland seit dem Waffenstillstande im Auslande habe leisten müssen, die Reparationen. 1919–1921 habe Frankreich an das Ausland 6½ Milliarden Papiermark zurückgezahlt, sodass also Frankreich, dessen reiche Provinzen durch den Krieg verwüstet worden seien und dessen Bevölkerung kaum drei Fünftel der deutlichen betrage, an das Ausland von 1919 bis 1921 ebenso infolge des Defizits seiner Handelsbilanz wie infolge der Rückzahlungen an das Ausland ungefähr 5½ Milliarden Papiermark bezahlt habe, während Deutschland nur 82 Milliarden bezahlt habe. Diese Zahlen beweisen, daß das Sintet der Mark nicht durch die von Deutschland angeführten Gründe verursacht worden sei; es sei verursacht worden durch die endlose Aussage von Reichsbanknoten und durch den Kapitalexport. Deutschland habe sofort nach dem Waffenstillstande alle den Kapitalexport einschränkenden Gesetze unterdrückt. Infolgedessen hätten die begütertesten Deutschen all ihre disponiblen Rands, Titel und Werte ins Ausland gebracht. So seien aus Deutschland alle seine beweglichen Kapitalien am Vorabend der Ausführung des Versailler Vertrages herabgezögert. Deutschland sei also an dem verhängnisvollen Sturz seiner Deviten schuld. Die Reparationskommission habe daher bereits mehrmals Gelegenheit gehabt, Deutschland zu sagen: Ihr habt gegen eure elementaren Verpflichtungen verstoßen; und wir werden den alliierten Regierungen vorschlagen, gegen euch die Sanktionen zu ergreifen, die wir für nötig halten. Aber die von gewissen alliierten Regierungen gegebenen Institutionen seien immer außergewöhnlich gesind. Der Buchstabe des Friedensvertrages sei vielleicht spektiert worden; seinen Geist habe man aberständig verkannt.

Als Deutschland ein neues Moratorium verlangte, habe die britische Regierung, ohne Frankreich zu fragen, öffentlich erklärt, es scheine, man müsse das Moratorium bewilligen, und gleichzeitig daran erinnert, daß Frankreich der Schuldner Englands sei und daß das Schicksal dieser Schuld zum großen Teil von Enschlüssen abhänge, die Amerika als Gläubiger Englands seinem Schuldner gegenüber annehme. Poincaré fuhr fort: Wir waren sehr erstaunt, daß eine derartige Reparation und in dem Augenblick übermittelt wurde, in dem Deutschland ankündigte, daß es nicht bezahlen wolle, und in dem England das Verlangen Deutschlands unterstützte. Das Bulammenentreffen war zum wenigsten bedauerlich. Poincaré stellte dann der von der Reparationskommission festgestellten Schuld Deutschlands die von den Alliierten gegenwärtig gelöschdeten Summen gegenüber und sagte: Gibt es den geringsten Vergleich zwischen dem, was Deutschland den Alliierten schuldet, und den Schulden der Alliierten untereinander? Deutschland hat das von ihm angerichtete Übel wieder zu machen, und diese nötige Reparation muß vor jeder anderen den Vorrang haben. Wenn England sofort das Geld zurückzahlt, haben wir für das, was wir während des Krieges bei ihm getan haben, und gleichzeitig die Bezahlung der Reparationen verzögert, dann würde es uns zwingen, daß wir unserseits und an die alliierten Länder, die unsere Schulden sind, wenden, und so müßten wir auf irgendeine Weise uns von Italien, Rumänien und Serbien die Summen bezahlen lassen, die man von uns verlangen würde und die von Deutschland zu erhalten, man und nicht gestatten würde. Wir denken nicht daran, unsere Schulden bei unseren Alliierten einzufordern; auch wollen wir unsere Forderungen an Deutschland haben. Diese Frage der interalliierten Schulden verlangt eine gemeinschaftliche Regelung und sollte recht bald auf einer Konferenz aller daran interessierten Staaten geprüft werden. Die wesentliche Bedingung dieser Regelung ist, daß man die Schulden Deutschlands nicht in einen Topf mit den Schulden der Staaten zu werfen sucht, die im Kriege gemeinsame Sache gemacht haben. Für den Augenblick bleibt nur übrig, jedes neue Moratorium abzulehnen oder es nur gegen positive Pfänden zu gewähren, darunter die Staatswertpapiere im Auflager und die deutschen Staatspapiere. Die englische Regierung könnte sich diesem Grundsatze nicht anschließen. Da er allein die Rechte Frankreichs wahren konnte, habe ich nicht geglaubt, ihn aufzugeben zu dürfen. Was auch immer kommen möge, wir werden nicht auf ihn verzichten.

Wenn wir von Pfänden und Garantien sprechen, dann besteht man sich in Deutschland stets uns bisweilen auch anderswo, und hintergedanken auszuzeichnen. Selbst wenn wir im Gegensatz zu unseren Wünschen höflich Pfänder ohne die Mithilfe unserer Verbündeten nehmen müßten, würden wir nicht verlieren, sie uns endgültig anzueignen, und sie festhalten bis zu dem Augenblick, wo Deutschland einspielt, seinen Verpflichtungen nachzuhören. Wir müssen recht gut, daß selbst die besten unserer Pfänder uns nicht sehr für die

Hörerung entschädigen würden. An dem Tage, an dem Deutschland loyal seine Verpflichtungen anerkennt und erfüllt, werden wir uns daher nicht weigern, mit Deutschland in eine Prüfung der besten Mittel einzutreten, um die rasche und regelmäßige Ausführung des Friedensvertrages sicherzustellen.

Rattenvertilgung betr.

Zu unserer Bekanntmachung vom 15. 8. 1922 — Nr. 193 des Riesaer Tageblattes — muß es heißen: Abfertigung für Abholer Buchstabe O — Schluss am 28. 8. 1922,

Der Rat der Stadt Riesa — Polizeiamt —, am 22. August 1922.

Die Berliner Besprechungen.

Aus Berlin wird gemeldet: Gestern nachmittag hatten Bradbury und Maclure im Reichsfinanzministerium die erste Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermann und dem Staatssekretär Bergmann über die Frage des Moratoriums. Die Verhandlungen dauerten etwa eine Stunde. Die beiden Vertreter der Reparationskommission entwickelten den bekannten französischen und englischen Standpunkt. Die Diskussion führte noch nicht zu Beschläßen, sondern diente in der Hauptstadt der gegenseitigen Information. Die eigentlichen sozialen Verhandlungen sollen erst heute beginnen. Die politische Leitung der Verhandlungen liegt in der Hand des Reichskanzlers, der sich die letzten Entscheidungen vorbehält. Die „Neue Berliner Zeitung“ hört aus französischen Kreisen: Maclure lege im Einverständnis mit Bradbury sehr scharfe Bedingungen vor. Maclure sei allerdings von seiner Regierung ermächtigt worden, über den Ertrag einzelner Bedingungen zu verhandeln, jedoch nur, wenn es sich um einen Ertrag gleicher Art und gleichen Inhalts handle. Maclures persönliche Stellung sei außerdem einer milden Tonart nicht günstig. Die englische Regierung habe Bradbury mehr oder weniger formell angewiesen, sich der Stellungnahme Maclures soweit wie möglich anzupassen.

Die Pläne, die in Berlin zur Verhandlung stehen.

London, 21. August. „Times“ berichtet aus Paris, der Mittelpunkt des Interesses sei für den Augenblick nach Berlin verlegt, wo die Delegierten der Reparationskommission versuchen, einen Mittelpfad zu finden. Doch sei wahrscheinlich, daß während der Abreise Bradburys und Maclures in Paris eine rege diplomatische Tätigkeit entfaltet werde. Dem Berichterstatter zufolge werden in Berlin etwa folgende Ideen entwickelet werden:

1. Die Wirklichkeit würde Deutschland kein Moratorium gewähren, aber Belgien, das vertragsgemäß auf die Reparationen eine Priorität zu fordern habe, werde statt Vergeld sechsmonatiges Wechsel nehmen, die von Deutschland auf die sogenannten D-Banken, nämlich die Dresdner Bank, Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und Darmstädter Bank gezogen seien. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die D-Banken für diesen Plan zu haben seien würden. 2. Andere Kreditoperationen, die auf dem Grundsatz der Belbaunahe auf besondere deutsche Werke beruhen würden, würden die Lage möglicherweise zeitweise befreien, obgleich Bradbury selbst immer erklärt habe, alle derartigen Operationen bedeuten in Wirklichkeit, daß den Krediten der Alliierten gegenüber Deutschland damit die Augen herausgenommen würden. 3. Die Goldreserve des Reiches müsse von der Reichsbank nach dem befreiten Gebiet gebracht und von den Alliierten als Pfand angegeben werden. Da sie eine Milliarde Goldmark beträgt, würde sie ein ebenso wertvolles Pfand darstellen wie die Bergwerke und Wälder. 4. Eine Art der Kontrolle von Bergwerken und Wäldern, wie sie Frankreich auf der Londoner Konferenz vorgeschlagen habe, würde vielleicht von der Reparationskommission immer noch zugestanden werden, vorausgesetzt, daß der Poincaré-Plan genügend abgeändert werde, um diesen für die deutsche Regierung annehmbar zu machen. 5. Eine umfassendere Regelung würde, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, von Bradbury mit der deutschen Regierung erörtert werden. Dies würde, sofern diese Regelung für durchführbar erachtet werde, den augendlich gestellten Forderungen nach produktiven Pfändern untergeordnete Bedeutung geben. Der Berichterstatter teilt mit, daß die umfassendere Regelung bereits den von ihm in vorheriger Woche in einem Pariser Telegramm ausgetauschten Plänen entspreche. Dieser Plan befindet sich beim britischen Schatzamt und befürwortete die Teilung der deutschen Schuld in zwei Abschläge, in eine Jahreszahlung von beispielweise 2 Milliarden Goldmark, zahlbar während 30 Jahren (auch von einer 20jährigen Basis sei die Rede gewesen). Der andere Abschlag umfaßte eine nach 30 Jahren zahlbare Grundsumme von 100, möglicherweise 110 Milliarden Goldmark.

Englische Forderungen zur Reparationsfrage.

Der Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ übermittelte seinem Blatte eine Botschaft des englischen Schriftstellers Sir George Taish zur Reparationsfrage. Dieser ist davon überzeugt, daß eine Schwenzung in der Reparationspolitik der Verbündeten viel weniger von der englischen Regierung aus freiem Entschluß gefordert, als vielmehr von der englischen Öffentlichen Meinung, den Arbeitern, Industriellen, Kaufleuten und Bankiers ihr aufgezwungen wird. Alle Klassen der englischen Bevölkerung sind nach ihm heute von dem Wunsche bestellt, 1. daß von den englischen wie von den französischen Regierungen die bestehenden Tatsachen anerkannt, jeder einzelne Faktor sorgfältig bedacht und die Union der zu befolgenden Politik völlig neu gezogen werde, 2. daß das französische Volk von den europäischen und den allgemeinen Verhältnissen der ganzen Welt, wie sie heute liegen, völlig unterrichtet werde, 3. daß die Frage der deutschen Ausbildungsfähigkeit dem

Wiederholung vorgelegt werde. 4. daß Deutschland die künftliche Zahlungen ein Moratorium erhalten, bis der Bankenaustausch über seine Gläubigkeitsfähigkeit sich ausgesprochen habe. 5. daß eine internationale Anleihe aufgelegt werde, welche die unverzügliche Wiederherstellung der zerstörten Gebäude in Frankreich und den anderen Ländern ermögliche. 6. daß die deutschen Reparationszahlungen in Form von Kauzitäten erfolge, die zur Befreiung für die internationale Anleihe dienen sollen. 7. daß die internationalen Schulden getilgt werden. 8. daß sofort für die finanzielle Reorganisation Österreichs gesorgt wird. 9. daß alle Meinungsverschiedenheiten über den Beitrag der Reparationen, die Zahlungswelle und andere Fragen, die zwischen Frankreich und England bestehen, vom Weltkongress geregelt werden. Der Verantwortliche betont ausdrücklich die neuere Annäherung Alphonse Georges an diese Gedankengänge.

Ein Artikel Tschitscherins.

„Oberster“ veröffentlicht einen Artikel Tschitscherins, worin es heißt, den Hauptpunkt, den die wirtschaftlichen Regelungen begonnen hätten, sei der Glaube gewesen, daß Russland auf den Anten liege. Russland bedürfe der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Nationen, könne es sich jedoch gestatten zu warten. Der allgemeine Eindruck in Russland sei, daß das System der Konferenzen für den Augenblick veragt habe. Das Hauptziel der russischen Politik, die Entwicklung der Produktion, zwinge Russland, dauernd wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Ländern zu suchen und daher auf eine allgemeine Friedensregelung hinzuwirken. Russland leide ebenso, wie der gesamte Kontinent, unter der aggressiven Politik des französischen Imperialismus.

England und die französischen Rüstungen.

Bezugnehmend auf die enttäuschte Frage des „Temps“, ob nach britischer Ansicht die französischen U-Boote gegen Großbritannien gebraucht würden, schreibt „Daily Chronicle“ in einem Leitartikel: Wir haben keinerlei derartige Pläne, aber es ist an Frankreich nicht an uns, zu sagen, gegen wen sie gebaut werden. U-Boote sind jedoch nur ein einziges Beispiel, zu dem wir noch Flugzeuge, Besatzungsboote und eine Politik hinzurechnen können, die auf dauernder Notwendigkeit von Rückungen begründet ist. Das Blatt schließt: Wir wollen eine Politik des europäischen Friedens und Wiederaufbaus, und für eine solche Politik würden wir bereit sein, zu zahlen; aber meshalb sollten wir, bevor Frankreich bereit ist, etwas zu tun, um uns in dieser Richtung zu unterstützen, eine Schuld erlassen, die auch Frankreich bezahlen könnte, wenn seine Politik weniger kostspielig wäre?

Die Orientkonferenz in Venedig.

„Morning Post“ berichtet, daß die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens die Vorschläge der alliierten Oberkommission in Konstantinopel betreffend Überhaltung einer Konferenz über den nahen Osten in Venedig annehmen werden und Einladungen an die Regierungen von Athen, Konstantinopel und Angora vorbereiten werden.

Die bayerischen Bedenken behoben.

Wie aus München gemeldet wird, haben die beiden bayerischen Minister Schreyer und Gürtner dem Ministerrat erachtet. Der Ministerrat war der Ansicht, daß die Bedenken, die bisher gegen die Berliner Abmachungen bestanden haben, jetzt im wesentlichen behoben sind. Das endgültige Ergebnis wird erst nach Mitteilung an die Vertreter der Koalitionsparteien bekanntgegeben werden.

Aus Berlin wird gemeldet, im Überwachungsausschuß des Reichstages beantragte Abg. Dr. Rosenfeld (USPD) alsbald eine neue Sitzung des Ausschusses einzuberufen, um zu prüfen, ob die von der Reichsregierung mit der bayerischen Regierung getroffenen Vereinbarungen über das Geley zum Schutz der Republik im Einklang mit dem vom Reichstag angenommenen Geley stehen. Es sei sehr fraglich, ob die Reichsregierung das Recht habe, mit den einzelnen Landesregierungen Vereinbarungen über die Durchführung eines vom Reichstage beschlossenen Reichsgesetzes zu treffen. Der Ausschuß beschloß, daß der Vorstehende nach Abschluß der Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern eine neue Sitzung einberufen solle, damit die Reichsregierung ausführliche Erklärungen abgeben könne.

Die bayerische Regierung lädt laut „Berliner Lokal-Anzeiger“ erklären, daß sie entgegen Zeitungsmeldungen niemals ein Verbot der „Roten Fahne“ verlangt habe.

Hindenburg in München.

Aus München wird gemeldet: Zur Hindenburg-Feier im Hofgarten waren wohl an die 80000 Menschen anwesend. Hindenburg hatte zuvor die Huldigung der Studentenschaft im Künstlerhaus und die Huldigung der Reichswehr entgegengenommen. Der Generalfeldmarschall machte den dankbaren besten Eindruck. Vor dem Armeemuseum hatten sich die Prinzen des ehemaligen Hauses Wittelsbach, sowie die gesamte alte Generalität der alten Armee und alles

Heutiger Döllarkurs: 1298 Mark.

was in München offiziell Namen, Rang und Stellung hat, versammelt. Im Armeemuseum selbst rückte an den General die erste Uniform Kronprinz Rupprecht. Er betonte, spreche und für alle, die unter Hindenburg gekämpft haben. Hierauf sprach für die Generalität des alten Heeres Generalleutnant Graf Bothmer. Dann trat Hindenburg selbst vor das Denkmal für die Gefallenen und sang in einer Aufzusage: Wenn mir durch Gottes gnädige Führung Erfolge geholfen wären, so dankt ich dies nicht zum wenigsten der Tapferkeit der mir anvertraut gewesenen Truppen. Ich gebene mit Wehmuth aller derer, die ihr Leben für Deutschland hingegeben haben und dasse zu Gott, daß dies nicht vergeblich gewesen sein wird. Es ist mir ein Bedürfnis, alles, was ich in diesem Augenblick empfinde, zusammenzutragen in den Ruf: Das alte bayerische Heer und seine erhabenen Kämpfer, berra, berra, berra! Begeistert stimmten alle in dieses Hurra ein und sangen „Deutschland über alles“. Hindenburg bat nachmittags um 5 Uhr Budendorf in seinem Helm besucht.

Deutschlands Getreideausläufe.

Aus Berlin wird gemeldet: Zu der von einem Berliner Morgenblatt übernommenen Meldung des „Svenska Dagbladet“ Deutschland sei infolge des katastrophalen Marktlapses ernstigt, die früher getätigten Weizenläufe in Nord- und Südamerika zugängig zu machen, da die hierfür vorgesehene Salute für die Ladungen an die Entente gebraucht werde, erhöht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von zuständiger Stelle, daß die Weizenläufe des Deutschen Reichs lärmlich bisher bezahlt worden sind und daß auch für die am 15. Dezember d. J. fälligen Beträge die Zahlung vorliegen ist. Die Regierung hebt die Entente gegenüber auf dem Standpunkte nach wie vor, daß die für Lebensnotwendige Getreideausläufe nötigen Mittel durch Reparationszahlungen nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Die Reise des österreichischen Bundeskanzlers.

Montag früh um 8 Uhr 5 Min. ist der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel in Begleitung des Finanzministers Seaur in Prag eingetroffen. Die Verhandlungen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel und dem Ministerpräsidenten Dr. Beneš haben um 10 Uhr im Ministerpräsidium begonnen. Um 12 Uhr wurde Dr. Seipel vom Präsidenten der Republik empfangen.

Der deutsche Gesandte in Wien Dr. Pfeiffer trifft heute in Berlin ein, um an den Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel teilzunehmen. Der Bundeskanzler trifft von Prag kommend, heute nachmittag in Berlin ein und wird am Bahnhof vom Reichskanzler und dem österreichischen Gesandten in Berlin Dr. Niedel empfangen werden.

Die Erhöhung der Beamtengehälter vor dem Reichstagssaalzuschuß.

Im Überwachungsausschuß des Reichstages, der gestern nachmittag zusammengetreten, um die Teuerungsaktion für die Beamten zu beraten, gab Gehérnrat Kübemann vom Reichsfinanzministerium einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten am 17. und 18. 8. 22, die zu dem Ergebnis führten, daß die Teuerungsabschüsse vom 1. 8. 22 ab zu den Grundgehältern, den Diäten und den Ortsaufschlägen, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10000 M. nicht überschreiten 360%, im übrigen 305% betragen sollen. Die Teuerungsabschüsse zu den Kinderzulagen sollen 305% betragen. Abg. Bender (Soz.) bemängelt die große Spannung, die durch die gleichmäßige prozentuale Verteilung bei den niedrigeren und höheren Gehaltsklassen immer mehr eintritt. Ministerialdirektor von Schleiden wies darauf hin, daß es sich bei der jetzigen Teuerungsaktion um gar keine Gehaltserhöhungen handele, sondern lediglich um die Ausgleichung der Beamtenbezüge an den fallenden Wert des Geldes. Es wäre ungerecht, wenn hierbei die Beamten der höheren Klassen in geringerem Maße teilnehmen durften, daß man ihnen nicht den gleichen Prozentsatz an der Teuerungsaktion gewähre wie den unteren Beamten. Abg. Steinfort (Soz.) wollte im Interesse einer schnellen Ausschüttung der Bezüge zunächst zu keiner grundlegende Rendierung schreiten, drang aber darauf, daß alsbald von der Reichsregierung die Frage der Grundgehälter und des Kopfschüsses für die einzelnen Beamtenkategorien neu geregelt werden müsse, damit bei späteren Teuerungsaktionen sich nicht wieder die gleichen Unstimmigkeiten zeigen. Auch seitens der Unabhängigen wurde die große Unzufriedenheit in den unteren Beamtengruppen und die unbedingt notwendige geänderte Verteilung der Kopfschüsse betont. Ministerrat von Schleiden teilte mit, daß bezüglich der Pensionäre ebenfalls eine beschleunigte Ausschüttung angeordnet sei. Der Vorstehende Abg. Brünings stellte

darauf fest, daß die Übermachungsabschüsse mit der folgenden Ausschüttung an die Beamten einverstanden sei.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Freigabe des deutschen Vermögens in den früheren deutschen Süßseebieten. Die japanische Regierung beschäftigt sich laut „Berliner Tageblatt“ mit der Freigabe des deutschen Vermögens in den früheren deutschen Süßseebieten und soll geneigt sein, das deutsche Vermögen bis zu 10000 Yen rechts und das größere Vermögen im Verhältnis freizugeben.

Ostseeabfahrt englischer Kreuzer. Das erste Geschwader der leichten englischen Kreuzer ist, wie die Berliner Blätter melden, gestern nach der Ostsee gefahren, wo es die Häfen Riga, Memel, Danzig, Riga, Helsinki, Stockholm und Copenhagen besuchten wird. Der dritte Sohn des Königs, Prinz George, nimmt an den Schüssen teil.

Acht Personen wegen Waffenbuntziehung zu Gefangenstrafen verurteilt: Vor Jahresfrist sind durch die Polizei im Wöhler-Gymnasium in Frankfurt a. M. und bei dem Gauwoit Bonnie ebenda verdeckte Waffen entdeckt worden. Das gegen verschiedene Personen in einiger Zeit durch rechtsträchtiges Urteil seinen Abschluß gefunden. Danach sind die Angeklagten Henner, May und Jung eines gemeinschaftlichen Vergnügunges gegen § 18 Biffer I des Entwaffnungsgesetzes, die Angeklagten Henner und Jung und die Angeklagten Bape, Knapp, Diener und Nieder seines gemeinschaftlichen Vergnügunges gegen die Verordnung über Waffenbesitz, die Angeklagten Henner und Bape in je einem weiteren Falle desselben Vergehens, endlich der Angeklagte Schneider eines Vergehens gegen § 18 Biffer 3 des Entwaffnungsgesetzes für schuldig befunden worden. Es sind verurteilt worden: a) Henner zu einer Gefangenstrafe von 8 Monaten und einer Geldstrafe von 20000 Mark, b) May zu einer Gefangenstrafe von 4 Monaten und einer Geldstrafe von 40000 Mark, c) Jung zu einer Gefangenstrafe von 8 Monaten und zu einer Geldstrafe von 20000 Mark, d) Bape zu einer Gefangenstrafe von 2 Monaten und zu einer Geldstrafe von 3100 Mark, e) Knapp zu einer Gefangenstrafe von 3 Monaten und zu einer Geldstrafe von 5000 Mark, f) Diener zu einer Gefangenstrafe von 2 Monaten und zu einer Geldstrafe von 10000 Mark, g) Nieder zu einer Gefangenstrafe von 3 Monaten und einer Geldstrafe von 3000 Mark, h) Schneider zu einer Gefangenstrafe von 5000 Mark. In dem Urteil ist ausdrücklich festgestellt, daß die Hauptverhandlung nichts dafür ergeben hat, daß die Angeklagten einen Verein oder eine Organisation gegründet hatten oder daß irgend eine andere Organisation, der die Waffen gehörten, hinter ihnen gestanden hat. Das Gericht hat im Gegenteil nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme angenommen, daß eine solche Organisation nicht bestanden hat.

Der Gesetzentwurf für die Umstellung der staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen ist im preußischen Handelsministerium als Referentenentwurf fertiggestellt und hat bereits die Zustimmung der Bergbauaufleute wie der Präsidenten der Direktionen und fast aller Direktoren der staatlichen Werke gefunden. Er bezeichnet die Umstellung der staatlichen Betriebe des Bergbaus auf bessere wirtschaftliche Ertragsfähigkeit. Im Oktober soll der Entwurf, nachdem er den Beamten-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen zur Begutachtung vorgelegt worden ist, dem Landtag zugehen.

Amerika.

Die Tarifvorlage ist, wie schon gemeldet, am Sonnabend vom Senat angenommen worden. Sie wird als eine außerordentlich schwülste Maßnahme hingestellt. Sie entält 2200 Änderungen der Vorlage, wie sie vom Repräsentantenhaus angenommen war. Die Tarifvorlage erneuert den Präsidenten, bis zum 1. Juli 1924 die Höhe nach oben und unten bis zu 50 Prozent abzuändern. In vielen Einzelheiten sieht die Vorlage viel höhere Sätze vor als die des Repräsentantenhauses. Außer oben Sätze auf Chemikalien verlangt sie auch Sätze auf Stahlwaren in Höhe von mehreren hundert Prozent ad valorem, Sätze auf Gold-Spielzeug mit 70, auf Spulen mit 90 Prozent. Sie fordert schließlich die ausländische Bewertung, die des Repräsentantenhauses die amerikanische. Die Vorlage geht nun dem Konferenz-Ausschuß zu, der dem Bewertungsplan stimmen muß.

Österreich und Sachsen.

Riesa, den 22. August 1922.

* Die Gruppe der Landtagsabgeordneten. Der Dresdner Korrespondent des sozialdemokratischen Volksentsandten schreibt zu dem am Mittwoch im Landtag verbanden Antrag auf Einführung einer beschränkten Landtagsauflösung: Von dem Schluß dieses Antrags wird es abhängen, ob die sozialistischen Fraktionen am 28. August der Landtagsauflösung, ohne den Volksentsandten abzuwarten,

gen, kein Wort, kein Zug in ihrem schönen Antlitz ließ das Geheimnis ahnen, das sie in ihrem Innern barg.

Als die Bowle mitgetrunken war, wurde der Heimweg angetreten. Ferdinand führte seine Schwester, fast silente er dem Freunde, daß dieser sich so wenig mit Dora beschäftigte, denn auf die Verlobung der beiden, die er von ganzem Herzen wünschte, baute er ja seine eigenen Hoffnungen. In der Stadt angekommen, verabschiedete Paul sich von den Geschwistern, nur verstohlen konnte er seiner Verlobten einen verständnisvollen, warnenden Blick zuwenden, in dem zugleich leidenschaftliche Liebe sich spiegelte; ihren Bruder lud er auf den nächsten Tag zum Mittagessen ein, Ferdinand nahm ohne Bogene die Einladung an.

„Überraschung!“ murmelte der Baron, während er seinen Weg fortsetzte und dabei das Anzünden der Streichholzsternen mit sinnender Miene beobachtete. „Wie die Dinge sich nun weiter gestalten werden, wollen wir ruhig abwarten. Jetzt zu anderen Dingen.“

Gillig schritt er durch mehrere Seitengassen, und als er vor dem Gasthause „Zur Linde“ angelangt war, trat er hinein.

Minrop war oben in seinem Zimmer; er saß in der Dämmerung vor dem vollen Bierkrug und begrüßte den Baron mit lauten Dachsen.

„Ich habe auf Sie gewartet,“ sagte er, „ich wußte, daß Sie bei Einbruch der Dunkelheit kommen würden. Bitte, lassen Sie sich nieder, Sie müssen in dieser bescheidenen Stube mit einem Bierkrug vorlieb nehmen, wenn Sie nicht das harte Glas vorziehen; schwollende Polster mit Sammet überzogen kann ich Ihnen leider nicht andleben.“

Baron Paul hatte Hut und Stock abgelegt, er bewußte seine Augen mit dem Kreuzer und sah sich prüfend um, dann heiste er den Blick durchdringend auf das tote Gesicht Minrops, der eine Zigarre anzündete.

„Was wollen Sie von mir?“ fragte er unwillig. „Sie haben mir geschrieben —“

„Gernach, Herr Baron!“ unterbrach Minrop ihn spöttisch. „Dieser Ton gefällt mir nicht, ich glaube, wie kommen weiter, wenn Sie etwas höflicher sind.“

24.22

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Erwin August König. 20

„Du hast recht,“ sagte Dora, „der Reid regt sich schon jetzt, um mich in böses Gerede zu bringen.“

„Ich kann's mir denken,“ fuhr er fort. „Wenn wir unser Glück uns sichern und unser Ziel erreichen wollen, so müssen wir klug und verschwiegen sein, bis es mir gelungen ist, die Abreise meines Vaters gegen meine Verbündung mit einem bürgerlichen Mädchen zu bestreiten. Ich werde nicht nachlassen, bis ich ihn überzeugt habe, daß ich nur an Deiner Seite mein Glück finden kann, und da er mich sieht und mich glücklich sehen will, wird er auch nachgeben und Dich als seine Tochter willkommen heißen.“

Einstweilen müssen wir auf Mittel sinnen, um heimlich zusammenkommen zu können, Dora; darüber nachzudenken, muß unsere allererste Aufgabe sein, denn der Zwang, den wir uns in Gegenwart Ferdinands aufzulegen müssen, wird uns bald lästig und unangenehm werden. Glaubst Du das nicht auch?“

„Gewiß, aber wird dadurch unser Geheimnis nicht gefährdet?“

„Das eben müssen wir verhindern. Auf die Verschwiegenheit meines Dieners darf ich vertrauen, und einen Vertrauten werden wir haben müssen, der unser Geheimnis beschützt, ich schaffe Dir Nachricht, sobald ich alles reiflich erwogen habe. Sollen wir nun zu Deinem Bruder zurückkehren?“

„Wir werden wohl müssen, wenn er keinen Verdacht schöpft,“ antwortete Dora mit nachdenklicher Miene. Sie zog ihre Hand aus dem Klemme ihres Begleiters, auf dem Hauptweg, in den sie jetzt wieder einbogen, faulen ihres Lante entgegen.

„Das grausame Spiel beginnt schon,“ sagte der Baron, den goldenen Kreisler auf die Nase klebend, „aber es muß leider sein — nur Geduld, lange soll's nicht währen! Ich schaffe Dir morgen durch Jafod Nachricht: wann trifft er Dich allein?“

„Gegen Abend.“

„Gegen zwölf.“

„Ja, Papa geht dann spazieren, und Ferdinand ist überhaupt selten zu Hause.“

„So kommt ich vielleicht selbst.“

„Wenn nur das Dienstmädchen nicht Verdacht schöpft —“

„Verlasse Dich auch in diesem Punkte auf mich,“ sagte er, „Deine Ehre muß mir ja teurer sein, als meine eigene. Ich schaffe Dir Nachricht, daß weitere wird sich dann finden.“

Sie traten jetzt wieder aus dem Park auf den freien Platz hinaus; Ferdinand, der vor der Bowle saß, empfing sie mit einem forschenden Blick.

„Sind wir lange ausgeblieben?“ fragte Dora heiter und unbeschwert.

„Es war zu schön im Park,“ flügte der Baron hinzu, während er aus der Hand Ferdinands das volle Glas in Empfang nahm; „ich bedauerte, ihn verlassen zu müssen, aber ich dachte dabei auch an den Magnet, der mir hier wirkt, und der mich nun entzündigen soll. — Ich — vorzüglich!“ fuhr er fort, nachdem er mit Kennermiene aus dem Glas getrunken hatte. „Bewundern Sie das Talent Ferdinands, Gedanken Dora, auf der Universität kam ihm keiner in dieser Kunst gleich.“

„Ich kannte es schon, Herr Baron!“ antwortete das Mädchen. „Wenn Ferdinand nur auch in allen anderen Dingen so viel Erfolg hätte, wie auf diesem Felde!“

„Auch das wird schon kommen!“ sagte Baron Paul. Ich rief einmal nach Hause, dann will ich mit Papa über meine Projekte reden und ihn dafür zu gewinnen suchen. Eine Zuckersack würde sich sicherlich rentieren, Ferdinand wäre der rechte Mann dafür, es gilt nur noch, meinen Vater von der Rentabilität zu überzeugen.“

Über dieses Projekt entspann sich nun zwischen den beiden Freunden eine lange Unterhaltung, die Dora gestattete, ungestört ihren Gedanken nachzuhängen und stolze Zuckersäcke zu bauen, die sie mit stolzhafter Pracht ausstattete.

Sie hätte laut jubeln und juchzen mögen, aber sie wußte sich zu beherrschen, nur verstohlen wechselte sie dann und wann einen Blick mit ihrem Verlobten.

Sie wußte sich auch später zu beherrschen, als sie an dem Gespräch sich beteiligen möchte, sie blieb heiter und unbesch-

zustimmen werden oder nicht." — Es wird also in der Mittwochssitzung zuerst über diesen sozialdemokratischen Antrag auf Verfassungsänderung abgestimmt werden, der zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit braucht. Außerdem steht nur noch der Antrag auf Bandtagsschlössung auf der Tagesordnung.

— Lehrer und Kirchner Post. Am vergangenen Sonnabend ist ein sehr bekannter ehemaliger Riesaer Einwohner begraben worden, der frühere Lehrer und Kirchner Anton Robert Post. Nicht nur durch seine Taten, sondern auch durch seine Riesen Größe war er eine allen Riesaern wohlbekannte Erscheinung. Er war 72 Jahre alt nach kurzen Krankenlager bei Verwandten in der Nähe von Görlitz verstorben.

— General d. Kav. a. D. Hans Prugn. Ridda t. Am Sonntag verschied zu Gersdorf (Kreis Görlitz) nach langem Leiden der General d. Kav. Hans Prugn. Ridda, Herr zu Gersdorf, zuletzt Kommandeur des XII. Armeekorps, Ritter des Ordens Pour le mérite, Kommandeur 1. Klasse des Militär-Sankt-Helmut-Ordens, à la suite des Garde-Infanterie-Regiments. — Der Dresdner Kreishauptmann ist der Bruder des Verstorbenen. Die Beisetzung des Generals erfolgt im engsten Familien- und Freundekreise nächster Mittwoch 14 Uhr im Gersdorf nach Ankunft der Sarge 8.18 Uhr von Dresden und 2.51 Uhr von Görlitz; Rückfahrmöglichkeiten 4.51 Uhr nach Dresden, 5.35 Uhr nach Görlitz.

— Die Errichtung von Betriebsräten bei den staatlichen Landwirtschaftsbetrieben, die zum Geschäftsbereiche des Wirtschaftsministeriums gehören, wird vom Ministerium des Innern auf Grund des Betriebsrätegesetzes nach Verhandlung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer angeordnet.

— Personalausgleich. Nachdem vom Gesamtministerium gelegentlich der Beratungen über Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung die Errichtung einer Personalausgleichsstelle vorgesehen worden war, ist nach Abschluss der hierüber unter den Reformati geöffneten Verhandlungen diese Stelle am 1. August 1922 beim Ministerium des Innern, 1. Abteilung, ins Leben gerufen worden. Sie führt, da ihr gleichzeitig die Aufgaben der schon seit einiger Zeit in Aussicht genommenen staatlichen Stelle für die Vermittlung von Beamtenwohnungen übertragen worden sind, die Bezeichnung: "Personalausgleichs- und Wohnungsvermittlungsstelle". Aufgabe der Stelle, die sich über sämtliche Zweige der Staatsverwaltung erstreckt, ist, vornehmlich der Verbilligung der Verwaltung dadurch zu dienen, daß sie Beamte, Behördenangehörige und Verwaltungsbürokrat, die an ihrem bisherigen Platz für entbehrlich erklärt werden, im Falle des Bedarfs in geeigneten anderen Arbeitsstellen der Staatsverwaltung unterbringt, somit also ausgleichend wirkt und die Neuverteilung hierdurch entbehrlich werdender Stellen verhindert. In gleicher Weise hat sie durch ihre Tätigkeit in der Vermittlung von Beamtenwohnungen dafür zu sorgen, daß im Falle von Versetzungen usw. durch Ergründung geeigneter Tauschmöglichkeiten, die Zahlung von Entschädigungen, Unterhaltsauschüssen usw. auf ein der schwierigen Finanzlage des Staates Rechnung tragendes Maß herabgemindert wird.

— Eine seltene Planetengausammenkunft kann im Verlauf dieser Woche am Abendhimmel beobachtet werden. Der Mond, der am 22. noch als Neumond unsichtbar ist, wandert am 23. an Merkur, am 25. an Saturn nebst Venus und am 28. an Jupiter vorbei. Auch Mars, den der Mond am 30. erreicht, steht nicht fern. Alle für das bloße Auge sichtbaren Wandelsterne sind daher leicht am Abendhimmel versammelt. Welcherart auffällig ist die schnelle Wanderung der Venus, die am 15. in Konjunktion mit Saturn und am 27. in Zusammensetzung mit Jupiter steht. Am 31. nähert sie sich übrigens dem Hauptstern der Jungfrau. In diesem Sternbild spielen sich alle diese Konstellationen, bis auf eine Vollmondsbreite, ab.

— Landwirtschaftliche Warenbräse zu Großenhain. Infolge der unehrbaren Lage ist von der üblichen Notierung abgesehen worden. Auswärtige Getreidebestellungen in Mark je Tonnen: Berlin, Weizen, neuer 48 000—44 000, Roggen 33 000—34 400, Sommergerste, alte 40 000—42 000, neu 38 000—40 000, Wintergerste 35 000—38 000, Hafer, neuer 38 000—38 500, alter 40 000—41 000, Mais 37 600, Hamburg, Weizen 43 000 bis 45 000, Roggen 35 600—36 600, Wintergerste 35 000 bis 37 000, ausländische 38 000—39 000, Mais 34 400—35 000. Nürnberg, Rb., Weizen, neuer 41 000, alter 42 000, Roggen, neuer 31 000—32 000, Hafer inkl. 35 000—36 000, ausl. 35 000—37 000, Wintergerste, ausl. 36 000—37 000, Wintergerste, neue 34 000, Mais, grober 37 000, Rb. Blatta 38 000. Im Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates wird hingeklagt: In Roggen faust man auf Abbladung mehr ohne Vorstruktur jenes Unterschiedes von alt und neu, und nur zur Bedeutung: gefund und trocken, was zum Teil daraus sich erklärt, daß die R. G. den Unterschied zwischen alt und neu nicht macht. Das Gras der Umfrage hat seine Bestimmung zur Abstufung an die R. G. Von Gericht haben die für die Brauerei-Konzerne einkaufenden Firmen nicht unansehnliche Mengen neuer Sommergerste erworben, sie haben aber einen erheblichen Teil des Materials zurückzunehmen müssen, da es für die Brauer absolut nicht zu verwenden war. Vorläufig stand still, weil ungünstig angeboten, lag Hafer. Von altem Material war nur wenig zu kaufen und auch der neue Hafer zeigt sich bisher noch verhältnismäßig spärlich. Für Mais hat das gewaltige Steigen des Dollars die Preise wieder hoch in die Höhe getrieben.

— Neue Höchstpreise für Mauerziegel in Sachsen. Wie die Wirtschaftsbürokrat. Welt- und Ost-Zeitung sind mit Wirkung vom 1. August ab neue Höchstpreise für Mauerziegel festgesetzt worden. Sie betragen für die Bereiche der Kreishauptmannschaften Leipzig 3850 M.— jedoch für die Ortschaften Dömitz, Wermsdorf und Fallersleben 3.8450 M.— Chemnitz sowie die im Besitz Leipzigs liegenden Ortschaften Mittweida, Burgstädt und Köppendorf 3850 M., Bautzen 3850 M., Dresden 3200 M., für die Bereiche der Kreishauptmannschaften Bautzen, Kamenz 3400 M., Löbau und Bautzen 3850 M. Sämtliche Kreise verstehen sich für 1000 Stück Mauerziegel ab Werk, frei auf den Wagen geladen.

— Die neue Erhöhung der Ausfuhrabgabe und die Industrie. Der Verband Südsächsischer Industrieller hat anlässlich des Beschlusses des wirtschaftlichen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, in dem dieser sich über die Erhöhung der Ausfuhrabgaben aussprach, sich sofort erneut mit dem Reichswirtschaftsministerium in Verbindung gesetzt und gefordert, daß vor der Einführung erhöhter Abgaben unter allen Umständen die Industrie in den Ausführungsstellen eingehend erörtert wird. Die in dem oben erwähnten Besluß vorgesehene nachträgliche Herabsetzung der einmal erhöhten Ausfuhrabgaben entspricht keinesfalls den Bedürfnissen unserer Exportbeziehungen, denn die einmal getroffenen Verbindungen können in den meisten Fällen auch bei einer Erhöhung der Ausfuhrabgabe ohne weiteres nicht wieder angeknüpft werden. Der Verband Südsächsischer Industrieller fordert seine Mitglieder auf, ihm, soweit sie es noch nicht getan haben, unverzüglich Material einzusenden, aus dem vorworgeht, inwieweit die Produktionskosten und die Preise der ausländischen Konkurrenz bei der Feststellung der Ausfuhrabgabe von entscheidendem Einfluß wird.

— Rünnrich, (Geminderatssitzungsbericht vom 18. August 1922.) Es wird Kenntnis genommen von der Erhöhung des Reichsreiches, die Anwendung der

Ausfuhrabgabe bestimmt bei Sportveranstaltungen, der Einschaltung der Gemeinden für den Anlauf der Ausfahrt, von den Eingängen der Reichsheimkommunen herunter und den Stand der Kasernenhälfte. Zu Punkt 2 wird der Mittelstandsbeitrag für den Heimatshutverein Dresden einstimmig auf 200 M. erhöht. 3. Die Verläufe des Standeshäuptscheids Gladbach auf das Jahr 1921 sollen vorbehaltlich der Nachprüfung der Richtigkeit erkannt werden. 4. Der Verwaltungsausschluß schlägt den Anlauf einer Meldeklage vor. Gem. Vert. Bartels wendet sich namens seiner Fraktion gegen den Anlauf aus finanziellen Gründen. Gem. Vert. Wende reicht für den Anlauf ein und betont, daß man Sicherheit von Bürgerlicher Seite dem Anlauf die vorgetragenen Bedenken nicht beseitigen lassen würde, wenn es sich um eine schwärz-weiß-rote Flagge handele. Gem. Vert. Delbrück weist den Vorwurf zurück, während Gem. Vert. Bartels nach weiterer Aussprache einen Vorschlag des Gem. Vert. Giebler, für die Einschaltung bis zu 8000 M. zu bewilligen, unterstützt. Bei der Aussprache über den Anlauf Giebler erklärt die G. V. D., wenn der Anlauf des Stosses 8000 M. betrüge, die Meldeauflwendungen aus Ihren Mitteln zu übernehmen. Unter dem Ausdruck des Dankes stimmt man dem Verm. Aussch.-Vorschlag im Sinne des Antrages Giebler zu. 4. Einem Anlaufen der freien Feuerwehr wird stattgegeben und die Erhöhung der Gerätemeistervergütung auf 150 M. förmlich, sowie ferner die Erneuerung des Schleiflangenfisches genehmigt. 5. Über die Durchführung des Reichsmietengesetzes berichtet der Vorsitzende eingehend. Nach einer Aussprache bildet man einen Ausschuß, der die Durchführung der Mietengesetzgebung übernehmen soll. Es werden gewählt als Gem. Vert. Dietrich und Mathäus, als nicht-organisierte Mieter bzw. Hausbesitzer Alfred Vordörfer, Heinrich Krebsmar und für die organisierten Hausbesitzer und Mieter Lehrer Schöne bzw. Zimmermann Paul Grille. Mit Rücksicht darauf, daß der Wohnungsauflauf des Gem. Vert. Bartels steht, wählt man diesen als Vorsitzenden. Gleichzeitig räumt man den Organisationen in Falle des Ausbleibens ihrer Vertreter Stellvertreter ein. Der Anrengung darüber Entscheidung zu fassen, ob sich die gefestigte Miete auf alle Grundstücke erstrecken soll, wird nicht stattgegeben, vielmehr beschlossen, die Beratung des Ausschusses anzupassen. 7. Das Gesetz über die Wohnungsbaubabate löst die Erhebung von Bußgeldern au. Der Verm.-Aussch. schlägt vor, auf 100 M. Gefriedensmiete für 1921/22 und 50 M. für 1922/23 zu erheben. Dem Vorschlag wird begegnet. 8. Stimmt man nachträglich der Wahl des Gem.-Schr. Sippold zu. Der Vorsitzende weist dabei auf die Schwierigkeiten der Belebung der Stelle hin, die sich ganz besonders aus der Ortsklassenregelung ergeben. Allein der Stellenwechsel des neu gewählten Beamten erzielt für diesen einen Monatsverlust von 350 M. Der Ausgleich dieser Differenz wird durch besondere Maßnahmen des Verm.-Aussch. weitgemacht. 9. Die Veränderung im Beamtenkörper macht eine Neuordnung des gegenwärtig noch schwankenden Ortsbezirks notwendig. Die vorhandenen Stellen sollen nach Vorschlag des Aussch. im Ortsgebiet aufgenommen werden, dabei soll eine weitere Sekr.-Stelle geschaffen werden, die dem Verm.-Aussch. Sonntag übertragen werden soll. Die dann freierwerdende im Ortsgebiet vorhandene Stelle soll bis zur Klärung der finanziellen Verhältnisse der Gemeinde unbefestigt bleiben. Der Vorsitzende weist dabei darauf hin, daß auch die Belebung dieser Stelle durch die Übernahme weiterer Aufgaben unumgänglich notwendig wird. Die weiter in Anregung gebrachte Abänderung des § 15 des Ortsgeleges (Reisekosten) soll in Anlehnung an das Reichsgelege für Staatsbeamte gelehrt werden. Der Gemeinderat tritt den Ausschreibungen allenfalls und einstimmig bei. 10. Entsprechend dem Beschl. des Bauausschusses soll von Mietentzüchtungen im Jahre 1922/23 abgesehen werden. Die vom Hausbesitzer Agner in Anregung gebrachte Belebung eines Nebelstandes vor seinem Grundstück wird beschlossen. Zu Punkt 11 werden die Haushalte der Firma Heyden, Errichtung eines Fabrik- und Bootshupens bedingungslos genehmigt. Außerhalb der Tagesordnung beschließt man auf Anregung des Kinderleistungsausschusses, die Spaltung im Winterhalbjahr auszuüben, die Aufnahme des Spaltungswertes im Frühjahr soll damit nicht ausgeschlossen bleiben.

— Dresden. Unter Vorfall des Gerichtsassessors Otto verbandete das Dresdner Schöffengericht gegen den ehemaligen Postaussteller Paul Bruno Wolf wegen Verbrechens nach § 188 des Reichsstrafgesetzbuchs und weiter auch wegen Unterabschlagung. Der Angeklagte bat als Postaussteller während seiner Tätigkeit beim Postamt 19 in Dresden-Strehlen, wo er Briefkisten leer, Briefe abstempeln und sortieren muhte, in den Monaten Mai und Juni in zahlreichen Fällen Briefe auf die Seite gemacht, um sie die Marken anzueignen. Die betreffenden Briefe oder Drucksachen vernichtete Wolf, soweit er nicht den Inhalt für sich zurückbehielt. Als dieser Briefmarken entlarvt wurde, fanden die Beamten bei einer Haussuchung zum Beispiel 32 Briefmarken zu 2 Mark, 15 Briefmarken zu 1,25 und 1 Mark, sowie zahlreiche Marken höheren oder noch niedrigeren Wertes vor, woraus man ermessen kann, in welchem Umfang Wolf Briefe veruntreute, die dann niemals den Empfänger erreichten. Der Angeklagte war voll geständig, er hatte damals 975 Mark Gehobenlohn. Auf Vorfall gab Wolf zu, daß er zwar nicht in Not war, daß er aber auch mit seinem Sohn nicht aus kam. Der Amtsgericht forderte entsprechende Bestrafung, da hier ein großer Vertrauensbruch vorliegt, und die Allgemeinheit durch diese Handlungswelt direkt gefährdet worden sei. Das Schöffengericht verurteilte den ungetreuen Postaussteller zu der gefestigten alljährlich niedrigsten Strafe von drei Monaten Gefängnis, sowie wegen Unterabschlagung zu weiteren 100 Mark Geldstrafe. Der Vorsitzende brachte in der Urteilsbegründung zum Ausdruck, daß die Strafe vom Gericht leider nicht niedriger bemessen werden konnte und daß ein etwa vom Angeklagten eingereichtes Gnadengebot auf das wärmste bestimmt werden würde. — Sollte das angefochtene eines derartigen großen Vertrauensbruches wirklich nötig sein?

— Bischofswerda. Die Stadtverordneten haben einer erneuten Erhöhung der Krankenversorgung zugestimmt. In der Aussprache wurde betont, daß das Stadtkrankenhaus immer mehr Aufschwung erforderne, im laufenden Jahre 150000 bis 200000 M. Es seien Verhandlungen mit dem Domstift Bautzen wegen Übernahme des Krankenhauses im Gange. Das Domstift würde das Krankenhaus mit Schwestern belegen und die Krankenpflege aufrechterhalten.

— Birken. Am Sonntag abend wurden die gefüllte Scheune und ein Teil des Seitengebäudes des Güteschiffers Glemann im benachbarten Kreis durch Brandstiftung eingeschossen. Motorräder, Motoren und Eritewagen wurden zum Teil vernichtet. Die Gemeinde Birkenthal hat auf die Ergreifung des Brandstifters, dem in letzter Zeit mehrere Scheunen zum Opfer fielen, eine Belohnung von 20000 M. ausgesetzt.

— Schandau. Infolge des armen wirtschaftlichen Schadens, den die einheimische Bevölkerung durch den Menschenkampf verlor, erledigt, haben die bürgerlichen Geschäftsleute beschlossen, Gegenstände des täglichen Bedarfs fortan nicht mehr an Ausländer abzugeben. Auch in Königstein machte sich am Sonntag ein Menschensturm von jenseits der Grenze in unlesbarer Weise bemerkbar.

— Niederwürschn. Einige Leute vom Circus Angelos haben bei ihrem Abschied von hier einen Eisenbahnenwagen erbrochen und daraus nicht weniger als fünf Kisten Butter mitgehen lassen. Ebenso haben die Leute eine Anzahl Tiere aus einer

Ritte gestohlen. Der Viehstall wurde bereits bemerkt, als der Abschluß im Rollen war. In Wachstafeln hat die dortige telefonisch verständigte Polizei bei einer Durchsuchung des Auges die gestohlene Menge Butter vorgefunden. Es fehlt aber immer noch eine Kiste mit Maschinenteilen im Wert von 75000 Mark.

— Marienberg. In diese Trauer verlegt wurde die Familie des Gutsbesitzers E. von hier. Als er am Sonnabend nochmittag mit dem Wagen eines seiner Getreidefelder befördert war, geriet sein etwa zweijähriges Lädchen, das in der Wiese gespielt hatte, so unglücklich mit einem Fisch in die Mähne der Mähnmaschine, daß der Fisch sofort abgeschnitten wurde. Kantor Stöbe konnte das Kind vor dem Verbluten retten. Mit dem aus Oelsnitz herbeigerufenen Sanitätsauto wurde das Kind in das Sanatorium nach Bad Elster gebracht.

— Simbach. Ein 5jähriges Mädchen schwankte auf der Straße lustig einen — Laufradmarkstein. Auf die Frage, wo es mit dem Gelde hin will, sagt die Kleine: „Zum Fleischer, gehabt gehabt!“ Wenn sich nun ein „Gesessen“ fand, der dem Kind den Schein aus der Hand nahm und ihm dafür einen Zwanzigmarschein oder dergleichen gab, weil „der Schein falsch sei“, hätte sicher das Kind nichts dagegen machen können, und die Mutter wäre das Geld los gewesen.

— Blauen i. V. Weinen Schmuggel von Jagdwaffen, Patronen, Munition und Ausrüstungsgegenständen für Jäger war der Buchhändler Arthur Möhl aus Großlitz (Böhmen) vom Schöffengericht Klingenthal zu 6 Wochen Gefängnis und 70000 Mark Geldstrafe, sowie wegen Beihilfe zu verbreiter Ausfuhr zu 30000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil batte die Staatsanwaltschaft mit dem Erfolge Berufung eingelegt, daß die Geldstrafe vom Landgericht Blauen unter Bestätigung der Freiheitsstrafe auf 310000 Mark erhöht wurde.

— Leipzig. Seitens des Verbands der Metallindustriellen des Bezirks Leipzig ist über die Arbeiter der dem Verband angehörenden Metallwaren- und Armaturenfabriken seit Montag früh die Ausperrung verhängt worden. Die Ursache dieser Maßnahme ist darin zu suchen, daß in einer Verbandsfabrik seit vierzehn Tagen gestreikt wird und der Streik, trotzdem der für August gefällte Schiedsvertrag für allgemein verbindlich erklärt worden ist, noch nicht wieder abgebrochen worden ist. Von der Ausperrung werden rund 6000 Arbeiter betroffen.

— Leipzig. Der Verband der Wohnungsbauern in Leipzig hat eine Kundgebung veranstaltet gegen die angebliche Untätigkeit der Behörden hinsichtlich des Leipziger Wohnungskleidens. In einer Entschließung wird die Verhinderung des geläufigen Wohnraumes, weiter der Ausbau öffentlicher Wohnungslisten, die Verteilung der verfügbaren Räume nach Kapazität, die Centralisierung und die Kontrolle des gesamten Untermieterwesens gefordert.

— Neukirch a. d. Sonne. Von einer Silizie suchenden Frau wurde in einem Fichtendick im Hohwald das Skelett eines Mannes gefunden. Da der frühere Landwirt Josef Schmidz aus Neudorf schon seit Anfang 1921 abgängig war, so begab sich sein Sohn sofort nach Bekanntwerden des Ereignisses an die Hundtsche und erkannte an den noch vorhandenen Resten der Kleidungssücke und Ledergamaschen seinen so lange vermischten Vater.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 22. August 1922.

Bayerns Zustimmung zu dem Berliner Abkommen.

— Berlin. Nach Meldungen, die in der Reichskanzlei vorliegen, hat der bayrische Ministerrat das Berliner Abkommen genehmigt.

Feuerungsrawalle in Rattowitz.

— Rattowitz. Gestern abend kam es wegen der zunehmenden Feuerung zu Raubstörungen. In den letzten Abendstunden wurden eine Anzahl Bäder geschründert. Die Waren wurden auf die Straße geworfen und fortgeführt. Die Juden wurden von der Menge verfolgt und verprügelt. Ein starkes Polizeiaufgebot hielt die Anhänger wieder her.

— Hindenburg. Gestern nachmittag drangen mehrere Truppen junger Burschen in die Betriebe der Oberlehrschule Rostow ein, um die Arbeitsniedrigung zu erzwingen. Die Belegschaft verbirgt sich ablehnend. Die Polizei entfernte die Raubköter und nahm einige Verhaftungen vor.

Belgiens Haltung in der Reparationsfrage.

— Brüssel. In politischen Kreisen verichert man, daß entgegen der Behauptung einiger englischer Zeitungen die belgische Regierung de la Croix keine Anstellung gegeben habe, sich in der Reparationskommission der Stimme zu enthalten. Ebenso wenig habe sie irgendeine Verpflichtung der französischen Regierung gegenüber übernommen. Sie halte sich an den Verfallen Vertrag und ziehe keine Handlung in Gewöhnung, die nicht mit diesem Vertrag übereinstimme. Man sei andererseits der Ansicht, daß Frankreich berechtigt sei, gewisse Garantien von der deutschen Regierung zu fordern. Belgien sei vor allem für eine Vereinbarung, welche die ganze Frage umfaßt, nämlich das große Problem der Reparationen, das Problem der internationalen Schuldenregelung und dasjenige der internationalen Anleihe, wodurch Europa wiederhergestellt werden soll.

Zur Rede Poincarés.

— Paris. Zu der gestrigen Rede Poincarés in Bar-le-Duc fordert das Echo de Paris: Die Rede ist ein weiteres Zeugnis für den Unschuld Frankreichs, wenn notwendig, zu einer unabdingbaren Politik seine Zuflucht zu nehmen, damit es sein Recht zur Geltung bringen kann. Es ist nicht nötig die Rede zu erläutern; sie spricht für sich selber. Aber es scheint uns, daß sie an Wert gewinnt und daß ihre Einzelheiten stärker hervortreten, wenn man im Hintergrund der Aufführung Poincarés die Ereignisse vorüberziehen läßt. In der kleinen Republik Österreich vor sich geben. Diese Ereignisse beweisen klar und deutlich: Es existiert keine Allianz mehr, es existiert keine internationale Zusammenarbeit mehr. Man hat den Widerstand geschaffen, man hat die souveräne Reparationskommission geschaffen! — Das sind alles Schauspiele, hinter denen sich ein niedriger Eigenwert jedes Einzelnen verbirgt. Der Augenblick ist gekommen, mit dem unehrbaren Ideologie zu brechen.

— Petit Parisien: heißt es: Die Rede in Bar-le-Duc ist eine neue energische Verstärkung des Willens Frankreichs, sich von Deutschland Reparationen zahlen zu lassen, und ihm das neue Moratorium nur gegen Garantien und neue Forderungen zu gewähren. Trotz ihrer Fiktivität ist die Rede voller Würdigung und von so ritterlicher Höflichkeit und im Grunde so herzig für England, daß ein mildernder Einfluß auf der anderen Seite des Kanals unmittelbar ausbleiben kann. Mit ein wenig gutem Willen seitens unserer englischen Freunde und mit einer kleinen Anstrengung seitens des Reichstanzlers, uns für das Moratorium seines Bländers zu gewähren, werden wir ohne Zwischenfälle zur allgemeinen Liquidierung der alliierten Schulden kommen, ohne die ein Versuch des allgemeinen Wiederaufbaus Europas unmöglich ist.

Germisch.

— Automobilungsd. Der Fürstenberger Anzeiger meldet: Montag vormittag verunglückte das Personenauto des Rittergutes Simmerndorf in der Nähe von Fürstenberg

